

Discounter Kik: Jagd auf arme Mitarbeiter

Anmoderation

Anja Reschke:

„Rund sechs Millionen Menschen in Deutschland sind zahlungsunfähig. Sie haben so hohe Schulden, dass ihnen Pfändung droht. Es gibt tausend Gründe, warum man in so eine Situation geraten kann. Vielleicht hat einen der Mann sitzen lassen mit einem Berg Schulden, vielleicht hat man sich bei einer Geschäftsidee verkalkuliert. Das kann passieren. Nun ist es ja völlig klar, dass gerade solche Menschen Arbeit brauchen. Sonst kommen sie nie aus ihrer Situation raus. Und solange man gute Arbeit leistet, kann es dem Arbeitgeber ja auch vollkommen egal sein, ob man nun privat in Not steckt. Wenn man sich von einem Mitarbeiter trennt, nur weil er überschuldet ist, ist das so, als würde man einem Ertrinkenden den Rettungsring wegziehen. Im Textilunternehmen Kik war das jahrelang gängige Methode. Sabine Puls.“

Der Textilgigant KiK. Mit Billigkleidung macht er über eine Milliarde Umsatz im Jahr. Wachstum um jeden Preis. Die Werbung schrill und aggressiv.

Werbespot Kik:

„Kik ist eben besser, als wie man denkt. Kleidung clever kaufen bei Kik. Kik der Textildiskont.“

Fast dreitausend Filialen, rund 18.000 Mitarbeiter. Gewinnsteigerungen seit Jahren – oft auf Kosten der Angestellten. Ein ausbeuterisches System, dessen Opfer auch Yvonne T. wurde. 2006 war sie als Aushilfe bei KiK beschäftigt. Ohne Vorwarnung wurde ihr Vertrag nicht verlängert. Den Grund dafür kannte sie bis vor ein paar Tagen nicht.

O-Ton:

Yvonne T.,

ehemalige KiK-Mitarbeiterin:

„Das war eine Überraschung, weil ich halt gelobt wurde, gesagt wurde, dass ich keine schlechte Arbeit mache, dass ich ja eigentlich immer da war, wenn sie mich gebraucht haben und dann kam halt der große Knall, wo dann der Filialleiter mir das sagen musste.“

Der eigentliche Grund steht in einem internen Firmenschreiben. KiK hatte Yvonne T. ausspioniert, erfahren, dass sie überschuldet war. Deshalb die schriftliche Anweisung: Kündigung. Für sie hieß das konkret, keine Vertragsverlängerung. Wir zeigen ihr das Dokument.

O-Ton

Yvonne T.,

ehemalige KiK-Mitarbeiterin:

„Ein starkes Stück. Schon ein starkes Stück, dass die im Privatleben rumschnüffeln und da Sachen preisgeben, was eigentlich ja niemanden was angeht und man versucht das Leben auf die Reihe zu kriegen und die schmeißen einem Steine zwischen die Beine.“

Nicht nur sie wurde ausspioniert. Bei der Auskunft Creditreform hat Kik Mitarbeiter bis 2009 auf Überschuldung überprüft, zehntausende Mal. Ein System, das jahrelang geheim blieb.

Letztes Jahr bekommt die Staatsanwaltschaft Dortmund Wind davon – und ermittelt. Doch es gelingt nicht, Beweise zu finden, dass KiK Daten sammelte, um Mitarbeitern zu kündigen.

O-Ton

Ina Holznagel,

Staatsanwaltschaft Dortmund:

„Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft ist eingestellt. Man muss dazu wissen, eine Straftat nach dem Datenschutzrecht liegt vor, wenn ein Unternehmen zu Unrecht Daten abfragt und zwar in Schädigungsabsicht. Mit anderen Worten, wir hätten beweisen müssen, dass KiK systematisch die Mitarbeiter aussiebt, die eine schlechte Creditreformauskunft haben und das war nicht beweisbar.“

Panorama liegen nun Beweise vor. Der ehemalige KiK-Bezirksleiter Guido Hagelstede war verantwortlich für über 100 Mitarbeiter und erzählt erstmals, was wirklich geschah, wenn ein Mitarbeiter überschuldet war.

O-Ton

Guido Hagelstede,

ehemaliger KiK-Bezirksleiter:

„Wir waren da angehalten und auch angewiesen, diese Mitarbeiterinnen entweder zu kündigen, oder eben eine Befristung nicht verlängern zu lassen, oder eben sogar, wenn diese Mitarbeiterin schon im Kündigungsschutz war, das kam vereinzelt auch mal vor, wenn man nicht rechtzeitig abgefragt hatte, versucht dieser Mitarbeiterin mit einem Auflösungsvertrag, Vereinbarung eben zu entlassen.“

Gesteuert wurde alles von ganz oben. Die Anweisungen kamen aus dem direkten Umfeld von KiK Chef Stefan Heinig – nämlich vom Personalchef Heinz Speet. Panorama liegt ein Schreiben von 1998 vor, unterschrieben vom Personalchef Speet persönlich. Es geht um Mitarbeiter mit „Negativauskünften“. Und darin die Anweisung, diese unverzüglich abzubauen.

O-Ton

Guido Hagelstede,

ehemaliger KiK-Bezirksleiter:

„Man wollte das nicht. Menschen haben, die viele Schulden haben, weil man Angst hatte, dass diese Mitarbeiter klauen. Das heißt, man hat dort auch Schlüsselgewalt, auch als Aushilfe bekommt man den Schlüssel mit nach Hause, wenn die Teamleitung am nächsten Tag frei hat. Die könnte ja in finanzieller Not sein und nachts in die Filiale gehen und den Tresor leer räumen.“

Auch dieser ehemalige Bezirksleiter bekam die Anordnung: bei jeder Negativauskunft, der Rausschmiss. Aus Angst vor KiK will er anonym bleiben.

Stimme nachgesprochen
ehemaliger KiK-Bezirksleiter:

„Schon wenn man eingearbeitet wurde als Bezirksleiter wurde einem ganz klar vermittelt, wenn ihr so ein Schreiben von uns bekommt, dann habt ihr euch umgehend von dem Mitarbeiter zu trennen. Salopp formuliert, schmeiß den raus, sonst bist Du selber dran.“

Schriftlich wurden die Bezirksleiter unter Druck gesetzt. Wer nicht spurt, haftet persönlich:

„Sollte dem Mitarbeiter nicht bis zum oben genannten Erledigungstermin die Kündigung ausgesprochen worden sein, werden wir Sie bei einem danach eventuell auftretenden Vertrauensschaden in vollem Umfang regresspflichtig machen.“

Guido Hagelstede war bewusst, bei der Praxis ging nicht mit rechten Dingen zu. Denn den wahren Grund der Kündigungen durfte er nie nennen.

O-Ton
Guido Hagelstede,
ehemaliger KiK-Bezirksleiter:

„Es war immer so, dass man sich irgendetwas aus den Fingern saugen musste. Man ist damals ein, zwei Stunden manchmal teilweise um diese Filiale herumgefahren, wo man jetzt hin musste, eine Mitarbeiterin entlassen musste, die man vielleicht zwei, drei Wochen vorher noch gelobt hatte, weil sie vielleicht eine gute Mitarbeiterin ist. Und dann kommt plötzlich diese Anweisung und fährt dort hin und muss sich etwas ausdenken.“

Stimme nachgesprochen
ehemaliger KiK-Bezirksleiter:

„Man hat keine Möglichkeit, wenn ein Mitarbeiter in einer finanziellen Schieflage drinsteckt, ihm eine goldene Brücke zu bauen. Sondern man muss ihn ganz einfach von dieser Brücke stürzen mit einer Kündigung. Dass er überhaupt keine Möglichkeit hat auf einen grünen Zweig zu kommen. Da würden andere Unternehmen wesentlich humaner, umgänglicher sein und bieten Möglichkeiten auf.“

Unsere Recherchen legen wir dem Strafrechtler Gerhard Strate vor. Er ist erstaunt, mit welcher Systematik KiK offenbar gesetzeswidrig gehandelt hat:

O-Ton
Gerhard Strate,
Strafrechtler:

„Das ist auf der einen Seite eine systematische Schnüffelei, eine unbefugte Datenerhebung. Des Weiteren ist im Hinblick auf die Absicht, dem Betroffenen dann auch potentiell zu kündigen, ist es mit einer Schädigungsabsicht im Sinne des Gesetzes geschehen. Das heißt, man kann ohne weiteres den Straftatbestand des Paragraphen 44 des Bundesdatenschutzgesetzes oder der entsprechend anwendbaren Länderdatenschutzgesetze bejahen. Das ist eine Straftat. Ich denke, dass die Staatsanwaltschaft unter diesen Umständen das seinerzeit eingestellte Ermittlungsverfahren wieder aufnehmen müsste.“

Ein Interview will KiK nicht geben. Doch schriftlich streitet das Unternehmen die Vorwürfe nicht ab. Es heißt lediglich:

„Das von Ihnen angeführte Verfahren wird bei KiK nicht mehr praktiziert.“

Weitere Erklärungen gibt es nicht. Für Yvonne T. kommen solche Eingeständnisse zu spät. Ohne Begründung stand sie plötzlich auf der Straße. Erst seit wenigen Tagen weiß sie, warum.

O-Ton

Yvonne T.,

ehemalige KiK-Mitarbeiterin:

„Die Leute, die da oben sitzen bei KiK und das sind für mich korrupte Leute, denn die sehen nicht nach dem, wie die Leute arbeiten, die sehen nicht, was die Leute für den Laden leisten und urteilen dann einfach.“

Bericht: S. Puls, S. Mayr, M. Rudolph, K. Sell

Schnitt: P. Dosenbach

Abmoderation

Anja Reschke:

„Aufgrund unserer Recherchen prüft die zuständige Staatsanwaltschaft Dortmund jetzt ein erneutes Ermittlungsverfahren gegen KiK.“